



hischen Landtagswahlen nicht anwendbar. Dort geben wir selbstverständlich, ohne eine Gegenleistung zu fordern oder zu erwarten, unsere Stimmen einer Partei, die in bestimmten Fragen eine unserer Auffassung entsprechende Politik verfolgt. Hier sollen wir nach Bernsteins Vorschlag unsere Stimmen für den Preis eines Mandats an unsere Feinde verkaufen. Wir können nicht verhindern, daß gemeinsame Stimmen bei den Reichstagswahlen für unsere Kandidaten abgegeben werden, aber was wir verhindern müssen, ist der Tauschhandel mit Mandaten, den uns Bernstein zumutet.

Würde es nicht unseren Prinzipien und unserem Programm gegenüber geradezu ein Verrat sein, wenn die sozialdemokratischen Wahlmänner in Berlin für einen freistimmigen, in Königsberg für einen Konfessionellen, in Hannover für einen Rationalisten und in Köln für einen Ultramontanen stimmten, nur um in diesen Städten ein Landtagsmandat zu ergattern?

Bernstein ist nicht von der Verberbtlichkeit und Verberbtlichkeit aller Kompromisse überzeugt und meint, es käme alles auf die Natur und Umstände des Kompromisses an. Schön. Aber die Natur des von ihm vorgeschlagenen Kompromisses ist eben derartig, daß die Sozialdemokratie ihrer Selbsthaltung wegen nicht darauf eingehen kann. Die Taktik, die von Bernstein empfohlen wird, müßte die Partei formieren, und eine selbstverständliche von Bernstein nicht gewollte — Verwässerung der sozialdemokratischen Agitation zur Folge haben. Das Mandat, einmal, auch um den Preis eines Kompromisses, als erstrebenswert hingestellt, zwingt Rücksichten auf, bei denen die Agitation und die Propagierung unserer Ziele unbedingt Schaden leiden muß.

Der Klassenkampf des Proletariats muß frei gehalten werden von Bündnissen mit bürgerlichen Parteien.

Gesoffe Bernstein äußert manche Bedenken gegen die Beteiligung an Parlamentswahlen und die Bethätigung in den Parlamenten.

Ich teile seine Befürchtungen nicht, weil ich die Partei für stark genug halte, Reute, die etwa die von Bernstein gebachten Handlungen begehen, jeden Moment unschädlich zu machen.

Aber einen Augenblick die Möglichkeit der Bernsteinischen Ansicht angenommen, so ist doch die Ausführung seines Vorschlages erst recht schädlich. Denn wie die parlamentarische Thätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten energisch und zielbewußt ausgeübt werden, wenn der Boden, dem die Mandatsinhaber entwaschen, von der Bourgeoisie bereitet ist?

Was können sozialdemokratische Abgeordnete, die das Produkt bürgerlichen Wahlstimmen sind, im preussischen Landtage leisten?

Die Sozialdemokratie soll — wie ich meine — nicht danach streben, in einem Parlament zu sitzen, das aus dem Schoße des „elendesten und widerwärtigsten aller Wahlsysteme“ geboren, die widerliche Karrikatur einer Volksoververtretung darstellt.

Die Sitze in einem solchen Parlament dürfen — denke ich — nicht erkauf werden mit der Preisgabe eines Grundgesetzes, den die Partei seit Jahrzehnten mit Recht als ein Gebot der Parteifreyheit bezeichnet hat.

Der Bernsteinische Vorschlag ist aus prinzipiellen Gründen unannehmbar, und jede noch so gewandte dialektische Verteidigung desselben scheitert an der Thatfache, daß seine Ausführung mit den ehernen Prinzipien der Sozialdemokratie unvereinbar ist.

Oder ist etwa die Bernsteinische Anregung so zu verstehen, daß es sich nicht darum handelt, auf dem Wege des Kompromisses mit einer beliebigen, hierzu bereiten bürgerlichen Partei sozialdemokratische Abgeordnete in den preussischen Landtag zu bringen, sondern daß er es als eine Aufgabe der Sozialdemokratie betrachtet, das Abgeordnetenhaus aus einer konfessionell-ultramontanen Körperlichkeit in eine liberale Vertretung der Kapitalistenklasse zu verwandeln?

In diesem Falle müßte Gesoffe Bernstein erst angeben, welchen Liberalismus er eigentlich meint. Ist es der Richterliche, Partische oder Bemühenliche Liberalismus, dessen Grundzüge eine so starke Verlockung für die Arbeiterklasse enthalten, daß die Beteiligung an den Wahlen zur Schaffung einer liberalen Mehrheit im preussischen Landtag geboten ist?

Ich will an dieser Stelle mich nicht in lange Betrachtungen über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit des Schlagwortes von der „reaktionären Masse“ einlassen. Aber ich darf, ohne auf Widerpruch zu stoßen, behaupten, daß wenn die Bezeichnung „reaktionäre Masse“ in ökonomischen Sinne gebraucht wird, das Wort heute noch seine volle Berechtigung hat. Ja ich glaube sogar, daß wir heute jenes Wort mit größerem Recht, als es Lassalle zur Zeit getan hat, ausprechen dürfen. Die Sozialdemokratie ist die stärkste Partei in Deutschland geworden. Sie repräsentiert eine Macht, vor der die bürgerliche Gesellschaft zittert, und sie bekämpft, indem sie ihre revolutionäre Thätigkeit auf die Umgestaltung der herrschenden Wirtschaftsordnung richtet, alle bürgerlichen Parteien, welche politischen Richtungen dieselben auch vertreten mögen.

Was ist da natürlicher, als daß die Bourgeoisie aller Schattierungen, durch die ökonomische Entwicklung immer mehr zusammengeschrumpft, die trennenden Momente vergröbert und namentlich in wirtschaftlichen Fragen sich gemeinsam gegen den Ansturm der Sozialdemokratie wehrt?

An der Wahrung der Arbeiterklasse wirken alle bürgerlichen Parteien in bürgerlicher Einigkeit, und in diesem Sinne hat daher heut mehr wohlvielleicht als früher das Schlagwort von der „reaktionären Masse“ seine Berechtigung.

Für meine Beurteilung des Bernsteinischen Vorschlages sind einzig und allein die prinzipiellen Gründe, aus denen ich jedes Kompromiß mit einer oder mehreren bürgerlichen Parteien verwerfe, maßgebend. Würden wir die Möglichkeit haben, eine sozialdemokratische Mehrheit der Wahlmänner in einzelnen Wahlbezirken zu schaffen, so wäre ich der erste, der für die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen einträte, weil auch ich, mit Bernstein, der Ansicht bin, daß die Sozialdemokratie die Pflicht hat, überall da, wo es möglich ist, agitatorisch zu wirken und der Bourgeoisie das Terrain abzuzugrenzen.

Bernstein sagt: „Was wir thun können, das sollen wir auch thun.“ — aber wir können und wollen nichts thun, dessen etwaige Erfolge wir mit der Abschwächung unserer Klaren, zielbewußten, in dem Boden des Klassenkampfes wurzelnden Agitation befehlen müßten.

Nach meiner Uebersetzung „kann“ die sozialdemokratische Partei sich nicht an den preussischen Landtagswahlen beteiligen. Dieses „Nichtkönnen“ ist für mich lediglich das Merkmal prinzipieller Ermahnungen. Die praktischen Hindernisse würden mich nicht im geringsten abschrecken. Eine Partei wie die unsere, übermüdet, wenn sie will, die technischen und agitatorischen Schwierigkeiten, die das Dreiklassenwahlsystem bietet.

Die öffentliche Stimmung abzuwehren — so sehr wir sie bekämpfen — sozialdemokratische Umwälzer und Wahlmänner nicht abhalten, ihrer Uebersetzung Ausdruck zu geben — die Beispiele hierfür in der Partei sind reichlich vorhanden. Die Art der Wahl — so zeitraubend und mit Vorkurs für die Arbeiter verbunden sie auch ist — würde bei der Dysfunktionalität unserer Parteigenossen kein unüberwindliches Hindernis bieten, — kurz, wenn wir vor preussischen Landtag wählen könnten — ohne durch ein Kompromiß uns selbst auf's ärgste zu kompromittieren, dann hätte Bernstein recht, und dann würden ichen längt einige sozialdemokratische Gedächtnisreden in den bürgerlichen Korrespondenzen am Donhoffplatz gebracht haben.

Es ist an anderer Stelle schon darauf hingewiesen, daß sich Bernstein auch in der Beurteilung der thatsächlichen Verhältnisse irrt. Ich würde zu der Frage nicht anders stehen, auch wenn die Meinung Bernsteins über die Aussichten der sozialdemokratischen Partei bei den preussischen Landtagswahlen zuträfe. Aber ganz gleichgültig ist es auch nicht, ob sich die sozialdemokratische Partei auf eine Agitation einläßt, bei der sie — um beruhsich zu reden — sicher „reinfällt“ muß. Ja der nutz- und erfolgslosen Arbeit würde der verdiente Spott hinzutreten, und die Sozialdemokratie Preussens würde den tobnachenden Gegnern beschämt das Gesichtnis machen müssen, daß sie um eines Phantoms willen auf das Recht verzichtet habe, fernherhin von Prinzipienreue zu sprechen.

Auch die Umahme, als ob in Parteifreien die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen ernsthaft in Erwägung gezogen wird, ist, abgesehen von Bernstein und vielleicht vereinzelten Anhängern seiner Ansicht, irrig. Ich würde,

wäre dies der Fall, wohl auch davon gehört haben und kann, ohne indistret zu sein, mitteilen, daß nach Ansicht einer größeren Anzahl von Männern, die mit den in der Partei vorhandenen Stimmungen durchaus bekannt sind, so wenig Meinung für den Bernsteinischen Vorschlag in der Partei zu tage tritt, daß es nicht einmal für nötig gefunden wurde, die Frage der Beteiligung der Sozialdemokratie an den preussischen Landtagswahlen auf die Tagesordnung des im nächsten Monat stattfindenden Parteitagess zu legen.

Da die Frage aber einmal zur Diskussion steht, ist es gut, wenn sie nach allen Seiten hin beleuchtet wird.

Ich habe nicht den leisesten Zweifel, daß die Erörterung des Bernsteinischen Vorschlages aus prinzipiellen Gründen mit seiner entgegengesetzten Ablehnung endet.

### Bundsthan.

Bei der Beratung der Militärvorlage wurde bekanntlich vom Bundesratssitze aus besprochen, daß im Reiche wesentliche Kulturaufgaben wegen Mangels an Mitteln zurückblieben. In Preußen scheint uns aber das doch der Fall zu sein. Am Dortmund Amtsgenossenschaft, einem der größten überhaupt, ist nicht einmal ein Zeugnisszimmer vorhanden, und wird auch nicht beschafft, obwohl die Bürgergenossenschaft sich hierbehalbt wiederholt beschwert hat. Außerdem müssen die Parteien vielfach die Zeugen selbst aufrufen, weil für viele Richter nur ein Gerichtsdiener vorhanden ist. Vor einiger Zeit hatte die Gattin eines bekannten Schriftstellers am Magistrategericht zu thun. Der Richter forderte diese Dame auf, die folgende Zeugin hereinzuführen. Weil dieses nun die Gegernerin der Dame in dem Prozesse war, und der Richter nach ihrer Auffassung sie dabei hart angefahren haben sollte, so regte sich die Frau darauf auf, daß sie laut zu weinen begann. Der Gatte der Dame beschwerte sich bei dem Oberlandesgerichts-Präsidenten Dr. Falk. In der Erregung brachte er Redewendungen, die ihm eine Anklage wegen Beleidigung des Richters zuzogen. Der Schriftsteller ist hierbehalbt mit 50 Mark bestraft worden. Bei den Zivilprozessen hat ein Richter gewöhnlich in einem Termine 100 bis 150 Sachen abzuwickeln. Das wäre doch Arbeit für zwei, aber es fehlt an dem nötigen Gelde. Das ist ein geradezu trostloses Bild. Wer nur eine Ahnung hat, wie es auf dem Gerichte zugeht, der wird zugeben müssen, daß aus einer Rechtspredigt gar keine Rede sein kann, wenn ein Richter 100—150 Sachen in einem Termine abzuwickeln soll.

Wenn von den wirtschaftlichen Verbesserungen gesprochen wird, welche die Einführung der Tabakfabrikation im Gefolge haben würde, so denkt man gewöhnlich nur an den Gewinn von einigen tausend Tabak- und Zigarrenfabrikanten und an das Protzvolwerden von ca. 50 000 Arbeitern, welche dann größtenteils den betreffenden Kommunen zur Last fallen werden. Bekleeres wird um so empfindlicher sein, als meist gerade die ausgebeutete Zigarrenfabrikation in den ärmsten Gegenden betrieben wird, und wahrheitsgemäß die Mehrzahl der Kommunen in großer Verlegenheit sein wird, wie sie die nötigen Geldmittel zur Erhaltung der von Staatswegen drohlos gemachten Arbeiter aufbringen soll. Aber mit diesen wirtschaftlichen Verbesserungen ist es, wie der „Volkszeitung“ aus Interessententreiben geschrieben wird, nicht abgethan. Die Tabak- und Zigarrenindustrie beschäftigt zahlreiche Nebengewerbe zur Herstellung der für die Verpackung notwendigen Papiere, Farbenblätter, Wänder, Sticken u. s. w., und daß ihr Bedarf darin kein kleiner ist, beweist der Umstand, daß die Ausgaben dafür von berufener Seite auf jährlich ca. 30—40 Millionen Mark geschätzt werden. Nehmen wir nun einen Rückgang im Konsum von 33 1/2 Proz., an, welcher sich bei den Zigarren, bei denen am meisten für Verpackung und verglichen ausgegeben wird, auf etwa 50 Proz. steigern würde, so kann man annehmen, daß diese Gewerbe einen Ausfall in ihrem Umsatz von fünfzehn bis achtzehn Millionen Mark haben werden, welcher sich vielleicht, da die Zigarrenfabrikanten den Verzicht machen werden, bei den Ausstattungen zu sparen, auf über 20 Millionen Mark steigern wird. Es werden also auch die Industrien dieser Kategorien ganz empfindlich geschädigt werden und es müssen auch bei ihnen zahllose Arbeiter entlassen werden. Wie weit sich die Arbeiter-Entlassungen in diesen Kreisen

den Straßen und im Hafen war kein Passant zu sehen. Bidouret gelangte zum Strande, ohne irgend jemand zu begegnen. Die Wellen glitten leise auf den Sand und spritzten ihren weißen Schaum gegen den Fuß der Felsen, so daß es auf manchen Stellen schwer war, zu passieren. Aber die Mondhölche leuchtete, gleich einem silbernen Vogen, an dem von unzähligen Diamantsternen erglänzenden Himmel und bei ihrem milden Lichte konnte man dem südlichen Angriffe der Fluten ausweichen. (Fortsetzung folgt.)

### Saint Simon.

Ein Sozialist der französischen Revolution. W. V. Sollte man heute, am 17. October, nach den geschichtlichen Notizen eines nach Gesichtspunkten des liberalen Bürgertums und des konfessionellen Abels — und was die Helden des Jahrhunderts mehr sind — eingestrichelten Abreißkalenders schauen, so wird man gewiß Daten verzeichnen finden, die für je zwei Klassen von großer Wichtigkeit sind.

Man sehe nur nach! Es ist sicher, aber keineswegs befremdend, daß dieser Tag als der Geburtsstag eines hervorragenden französischen Sozialisten nicht bezeichnet wird. Denn Saint Simon gehört jenen Menschen, deren bloßer Name einst genigte, die Mitglieder der friedliebenden, staatshaltenden Klassen einen förmlichen Schreck einzujagen.

Es ist nicht ischam genug zu betonen, daß die Aufgabe der Sozialdemokratie nicht in einem Rückblicke, sondern in einer rücksichtslosen Kritik der gegenwärtigen Gesellschafts-, nicht Ordnung, sondern Umordnung besteht; so kann in der Verbreitung des Lichtes und der Aufführung in Bereitschaft für die große Umwandlung, die da kommen wird und kommen muß.

Schon lange aber trägt die Gesellschaft den Keim dieser Umwandlung in sich, und es ist zugleich lehrreich und billig,

jener Männer zu gedenken, die diejenigen Kräfte frühzeitig wachen lassen, welche die Triebfeder der neueren Menschheitsgeschichte bilden.

Wie jede andere weltgeschichtliche Bewegung ist auch die Sozialdemokratie weder das Resultat des Wirkens von Agitatoren, noch die Erfindung geistreicher Männer. Das hat man sich nämlich einst weiß zu machen verführt. Sie erklärt sich vielmehr aus den unter der gegenwärtigen Gesellschaftsform vorhandenen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Einflüssen. Die Wertmale dieses Maschinenzeitalters: Stoffbetrieb, Ausbeutung, Zerpalterung der Gesellschaft in Klassen, von denen der eine mit dem anderen nichts gemein hat, charakterisieren ganz besonders das gegenwärtige Jahrhundert. Ja, sie bilden geradezu in besonderem Maße die Geschichte des Jahrhunderts.

Schritt für Schritt ist es dazu gekommen, seitdem die Bourgeoisie der französischen Revolution sich als Beherrin der Menschheit aufwarf, daß wenigstens der Anschein einer politischen Gleichheit und einer Volksoververtretung erzwungen wurde.

Wenn wir auf jene Revolution zurückblicken, so wird man wohl zugeben müssen, daß es die bedeutendste moderne Bewegung war, die von „unten herkam“. Das Bürgertum beanspruchte im Kampfe mit dem Adel gleichzeitig die Interessen der verschickenen arbeitenden Klassen jener Zeit mit zu vertreten. Bald aber ergab sich, daß das sogenannte zukünftige Reich der Bourgeoisie, d. h. des in Produktion und Handel thätigen dritten Standes, der gegen die bis dahin bevorrechteten höchsten Stände, Adel und Geistlichkeit, vorging; daß die Gleichheit auf die bürgerliche Gleichheit vor dem Gesetz hinansickte; daß die ewige Gerechtigkeit ihre Verwirklichung fand in der Bourgeoisjustiz; und daß als eines



